

# Landratsamt Meißen

## Kreisumweltamt



Landratsamt Meißen, PF 10 01 52, 01651 Meißen

Große Kreisstadt Riesa  
Rathausplatz 1  
01589 Riesa

vorab per e-mail:  
[kerstin.wronna@stadt-riesa.de](mailto:kerstin.wronna@stadt-riesa.de)

nachrichtlich:  
cc [mail@duisport.de](mailto:mail@duisport.de)  
cc [info@binnenhafen-sachsen.de](mailto:info@binnenhafen-sachsen.de)

### Datum:

Aktenzeichen: 670.1/632.21-46602/2012  
Ihr Zeichen: WI/0005/2012  
Ihre Nachricht:

Besucheranschrift: Remonteplatz 10  
01558 Großenhain  
Frau Ludwig

Bearbeiter:  
Zimmer:

Telefon: (03522) 303 2315

Fax: (03521) 725 8 8024

E-Mail: [umweltamt@kreis-meissen.de](mailto:umweltamt@kreis-meissen.de)

**Stellungnahme des Kreisumweltamtes zum Vorhaben:  
Errichtung eines Kombiterminals bestehend aus einem Büro- und Sozialgebäude, einer Kranbahn, einem MS-Gebäude, einem Sozialcontainer und einer Eigenverbrauchstankstelle  
hier: Widerspruch zur Ablehnung des Bauantrages durch die  
Große Kreisstadt Riesa**

Bauort Riesa  
Gemarkung Gröba  
Flurstück 95, 84/40, 84/48  
Bauherr Sächsische Binnenhäfen Oberelbe GmbH  
Geschäftsführer - Herr Loroff  
Magdeburger Straße 58  
01067 Dresden

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bezug nehmend auf Ihre Schreiben vom 16.10.2012, Posteingang am 19.10.2012 (Einladung zur Beratung am 06.11.2012) und vom 07.11.2012, Posteingang am 07.11.2012 (erneute Aufforderung zur Stellungnahme) nimmt das Kreisumweltamt zu den Belangen Wasser, Abfall/Altlasten/Boden, Naturschutz und Immissionsschutz Stellung.

Es lag vor: Bauantrag zur Errichtung eines Büro- und Sozialgebäudes im Kombiterminal Hafen Riesa  
Stand: 20.07.2012  
Antragssteller: Sächsische Binnenhäfen Oberelbe GmbH  
Magdeburger Straße 58  
01067 Dresden

Schreiben des SMWA (in Kopie) an Stadtverwaltung Riesa  
vom 05.10.2012 zur Ortsbegehung am 25.09.2012

Gedächtnisprotokoll zur Beratung Hafengelände  
vom 06.11.2012

### Landratsamt Meißen

Postanschrift: Postfach 10 01 52, 01651 Meißen  
Hausanschrift: Brauhausstraße 21, 01662 Meißen  
Konto: Sparkasse Meißen, BLZ: 850 550 00 Konto: 3 100 031 007  
IBAN: DE07 8505 5000 3100 0310 07, BIC: SOLADES1MEI  
Internet: [www.kreis-meissen.de](http://www.kreis-meissen.de),  
eMail: [post@kreis-meissen.de](mailto:post@kreis-meissen.de)  
Kein Zugang für elektronisch signierte sowie für verschlüsselte Nachrichten

### Sprechzeiten:

Mo 7:30-12:00 Uhr  
Di 7:30-12:00 Uhr u. 14:00-18:00 Uhr  
Mi Schließtag  
Do 7:30-12:00 Uhr u. 14:00-17:00 Uhr  
Fr 7:30-12:00 Uhr

**Wasser**

Im Zuge der Abhilfeprüfung soll geprüft werden, ob das Vorhaben gemäß § 35 Abs. 2 BauGB genehmigungsfähig ist. Daher sind die wasserrechtlichen Belange für die beplanten Flächen, die in Ihrem Anschreiben vom 16.10.2012 benannt sind, dahingehend festzustellen und die Einhaltung wasserrechtlicher Anforderungen zu prognostizieren.

Zunächst besteht unsererseits Unklarheit über die im Widerspruch befindliche Planfläche. Wir beziehen uns auf Ihr Anschreiben vom 16.10.2012 mit den darin benannten Flurstücken, wobei das Flurst. 84/48 der Gemarkung Gröba nicht existiert (Stand 18.05.2012, Quelle: Kreisvermessungsamt Meißen), und den darauf geplanten Maßnahmen (Errichtung von Parkplätzen, Büro- und Sozialgebäude nach Plan 303).

Das Flurst. 84/40 der Gemarkung Gröba befindet sich teilweise im festgesetzten Überschwemmungsgebiet der Elbe. Die Maßnahmen unterliegen den Verboten nach § 78 Abs. 1 WHG. Eine Genehmigung bzw. Zulassung der Maßnahmen können bei Nachweis der Voraussetzungen nach § 78 Abs. 3 S. 1 bzw. § 78 Abs. 4 WHG erteilt werden, die im Rahmen der bauplanungsrechtlichen Zulassung nach § 35 Abs. 3 BauGB bereits vorgezogen werden können (siehe nachfolgende Stellungnahme).

In Ihrem Schreiben vom 07.11.2012 wurden wiederum (nur) die Flurst. 95, 84/40, 84/48 der Gemarkung Gröba benannt, aber mit dem Bezug auf die Beratung am 06.11.2012 über das Gesamtvorhaben sind weitere Flurstücke in unserer Stellungnahme zu betrachten (vergl. Lageplan zum Baugesuch vom 20.07.2012 mit den Flurst. 94/8; 84/38; 84/40; 84/48; 95; 143/2; 166/1; 166/3; 166/13 der Gemarkung Gröba, wobei die 94/8 und 84/48 nicht existieren, sowie Übersichtslageplan 303 von 12/2009 bzw. geprüft 06/2012). Hierzu ergeht nun folgende Stellungnahme:

Belange des Wasserrechts sind insbesondere

- a) die ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung der Terminalfläche (Sozialabwasser und gesammeltes Niederschlagswasser)
- b) die Einhaltung von Anforderungen des anlagenbezogenen Gewässerschutzes beim Umschlag auch von wassergefährdenden Transportgütern und Lagerung wassergefährdender Stoffe (Tankstelle)
- c) die Lage des Vorhabens im ausgewiesenen Überschwemmungsgebiet der Elbe (rechtgültiges ÜSG i. S. des § 76 WHG infolge Auslegung der Arbeitskarte ab 14.11.2006 und Überleitung nach § 106 Abs. 3 WHG)

zu Punkt a) sind wasserrechtliche Unterlagen und Anträge bei der unteren Wasserbehörde zur Prüfung anhängig. Es fehlen noch bestimmte Angaben. Es wird eingeschätzt, dass die fehlenden Nachweise grundsätzlich beibringungsfähig sind, so dass die wasserrechtliche Sicherheit und Ordnung hergestellt werden könnte.

zu Punkt b) erfolgt die Prüfung der Anforderungen im bauordnungsrechtlichen Verfahren. Auch hier ist mit Bezug auf die Vorabstimmungen eine Nachweisführung erforderlich aber auch grundsätzlich machbar.

zu Punkt c) ist bisher nicht prüfbar, da zwar Vorgespräche erfolgt sind, aber der Verfahrensgang für die Prüfung der erforderlichen Feststellung der Voraussetzungen der Ausnahme vom Verbotstatbestand der Errichtung baulicher Anlagen nach § 78 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WHG noch nicht vom Vorhabensträger veranlasst wurde.

Maßgeblich ist hier auch die baurechtliche Beurteilung, da zu § 35 Abs. 2 BauGB in Abs. 3 benannte auszuschließende Beeinträchtigungen wie in Nr. 3 (*schädliche Umweltauswirkungen hervorrufen kann ...*) und Nr. 6 (*... der Hochwasserschutz nicht gefährdet werden darf...*) eine Beurteilung vorgenommen werden muss.

Dies kann vorgezogen innerhalb der Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen nach § 78 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 - 4 WHG erfolgen. Die Nachweisführung nach § 78 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 WHG zum Ausgleich von Rückhalteraum ist erheblich, da die anderen Voraussetzungen grundsätzlich als darstellbar eingeschätzt werden. Derartige Rückhalteflächen im Sinne von § 67 Abs. 1 und § 68 Abs. 3 Nr. 1 WHG sind nicht per se alle überschwemmbar Bereiche eines Gewässers, sondern nur solche, die aufgrund ihrer natürlichen Morphologie die Funktion haben, aus dem Gewässerbett austretendes Wasser zurückzuhalten und schadlos abfließen zu lassen. Diese Eigenschaft darf nicht durch menschliche Nutzungen mehr als unerheblich beeinträchtigt sein.

Insbesondere wären bei planungsrechtlicher Einordnung als Außenbereich an den zeitgleichen Ausgleich von verlorengehenden Retentionsraum infolge der Anhebung der Fläche strenger Maßstäbe anzulegen, als bei devastierten ehemaligen Industrieflächen bzw. bestehenden Anlagen und die daher sogar hochwasserschützenden Maßnahmen zugänglich sind. Hierzu wird darauf verwiesen das im HWSK Elbe vom 03.09.2004, wo in Maßnahme Nr. 111 für den Hafen insgesamt, also unter Einschluss aller bestehenden Flächen am Kai ein temporärer Hochwasserschutz vorgeschlagen wurde.

#### Anmerkung

Bei einer Überplanung des Geländes wäre die eindeutige Zuordnung von Vorhabensteilen zum Begriff des Hafens wichtig, da nur Häfen und Werften vom Verbot der Ausweisung von Bauleitplänen ausgenommen sind. Andernfalls gelten die umfangreicheren Ausnahmenvoraussetzungen nach § 78 Abs. 2 WHG.

#### **Naturschutz**

##### Aus naturschutzrechtlicher Sicht wird die Sach- und Rechtslage wie folgt beurteilt

Soweit das Vorhaben von der zuständigen Baubehörde den Bestimmungen des § 35 Abs. 2 BauGB zugeordnet wird, ist es zulässig, wenn es öffentliche Belange nicht beeinträchtigt. Die Naturschutzbehörde ist vorliegend an die bauplanungsrechtliche Entscheidung gebunden, die unten erörterten Rechtsfolgen beruhen letztendlich auf der bauplanungsrechtlichen Entscheidung der zuständigen Baubehörde.

Gegenstand des Vorhabens ist die Errichtung von baulichen Anlagen (Büro- und Sozialgebäude, Nebenanlagen wie Gleisanlagen, Parkplätze, Fahrwege, Betriebsanlagen für Gefahrgut und Nicht-Gefahrgut, Tankstelle) auf über 5 ha Fläche. Gemäß Positivliste des § 8 Abs. 2 Nr. 2 Sächsisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Sächs-NatSchG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 03. Juli 2007 (SächsGVBl. S. 321), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 15. Dezember 2010 (SächsGVBl. S. 138, 139) gilt die Errichtung baulicher Anlagen im baurechtlichen Außenbereich im Freistaat Sachsen als Eingriff in Natur und Landschaft, weil die Errichtung baulicher Anlagen im Regelfall mit erheblichen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft verbunden sein kann, vgl. § 13 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542). Dem gemäß sind erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft vom Verursacher vorrangig zu vermeiden. Nicht vermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen sind durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu kompensieren.

Anhand der vorliegenden Unterlagen ergibt sich kein Hinweis, dass derartige Wirkungen bei Umsetzung des beantragten Vorhabens ausgeschlossen sind. Insbesondere fehlt eine Beurteilung der Eingriffswirkungen nach Sächsischen Naturschutz-Ausgleichsverordnung (NatSchAVO) vom 30.03.1995 (SächsGVBl. Nr. 12 vom 12.05.1995).

Gemäß § 2 Abs. 2 NatSchAVO wird bei der Ermittlung der Ausgleichsmaßnahmen der Zustand vor Beginn des Eingriffs mit dem Endzustand vergleichend beurteilt. In die Beurteilung werden alle Flächen einbezogen, in denen der Eingriff sich auswirkt.

Vergleichskriterien sind hiernach: Wasser, Boden, Klima, Tier- und Pflanzenwelt einschließlich deren Lebensräume sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes. Allein die Aussage in Unterlage 11 - Umweltverträglichkeitsvorprüfung, dass auf Grund fehlender Biotope auf der unmittelbar betroffenen Fläche ein Vorkommen geschützter Arten nicht zu erwarten sei, reicht für eine Eingriffsbewertung nicht aus.

Auf Grund des Fehlens einer umfassenden Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung kann auch nicht ausreichend rechtssicher ausgeschlossen werden, dass im Zuge der Umsetzung des Vorhabens Beeinträchtigungen der öffentlichen Belange des Naturschutzes ausgeschlossen werden. Im Übrigen entsteht nach Lage der Dinge externer Kompensationsbedarf der vorliegend nicht dargestellt ist.

### **Abfall/Altlasten/Boden**

#### Sachstand und allgemeine Hinweise

Das Vorhaben befindet sich auf einer Fläche, die im Sächsischen Altlastenkataster (SALKA) als „Hafen Riesa“ unter der SALKA- Nr. 85 200 700 registriert ist. Der Gesamtstandort enthält wiederum eine Vielzahl von Altlastenverdachtsflächen (VF).

Vom Vorhaben betroffen bzw. tangiert werden aus Sicht der unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde folgende Altlastenverdachtsflächen, die Vollständigkeit und Relevanz ist durch den Planer zu überprüfen:

- VF 001 Terpentinlager
- VF 002 WGT- Tanklager (Sanierungsfelder A und B)
- VF 003 Zwischenfläche WGT- Tanklager – Alter Hafen
- VF 004 Dieseltankstelle
- VF 005 Elektro- und Kranwerkstatt
- VF 006 Schrottplatz westlich Hafenbrücke

In den vergangenen 2 Jahrzehnten worden im Auftrag der SBO GmbH die einzelnen Altlastenteilflächen stufenweise erkundet, ganz oder teilweise saniert (Maßnahmen der Gefahrenabwehr) bzw. befinden sich gegenwärtig in der Überwachung (Grundwasser- und Oberflächenwassermonitoring). Auf dem Vorhabensgelände befinden sich eine Vielzahl von Grundwassermessstellen und mehrere Oberflächenwasserpegel. Die Gutachten befinden sich sowohl bei der SBO GmbH als auch bei der unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde. Darüber hinaus befinden sich der überwiegende Teil des Vorhabensgebietes im Geltungsbereich des Altlastenfreistellungsverfahrens.

Im Rahmen von Baumaßnahmen ist mit Anfall von kontaminiertem Bodenaushub und damit mit erhöhten Aufwendungen (ingenieurtechnische Begleitung, Analyse- und Entsorgungskosten, Dokumentation u. a.) zu rechnen. Anfallender kontaminierter Aushub ist gegen Nachweis einer Entsorgungsanlage zuzuführen.

Werden schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten bekannt oder verursacht, sind diese gemäß § 10 Abs. 2 Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsABG) vom 31. Mai 1999 (SächsGVBl. S. 261 ff.) in der derzeit gültigen Fassung unverzüglich der zuständigen Behörde (Kreisumweltamt des Landratsamtes Meißen) mitzuteilen.

Insbesondere bei Berührung oder Anschnitt von Kontaminationsherden (z. B. verdeckte Deponien, Ablagerungen unbekannter Stoffe, Mineralöllinsen, Verkippungen von Chemikalien u. a.) im Zuge von Erd- oder sonstigen Bauarbeiten sind sofort Maßnahmen zu ergreifen, die eine Gefährdung und/oder Kontaminationsverschleppung ausschließen.

Bei der Durchführung von Erdarbeiten sind die Forderungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502) in der derzeit gültigen Fassung und der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554) in der derzeit gültigen Fassung zu beachten.

Beim Einsatz von Bodenmaterialien im Sinne eines Baustoffes ist eine Einzelfallbetrachtung nach den Maßgaben des Bodenschutzrechts notwendig. Dabei können bis auf weiteres die Anforderungen der Technischen Regeln der LAGA (Stand: 05.11.2004) berücksichtigt werden.

Für den Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial (Wiederverfüllung von Gruben, Schächten u. a. bzw. Errichtung von Dämmen, Lärmschutzwällen u. a.) gilt der Erlass des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft vom 11.01.2006 „Vorläufige Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial“ i. V. m. den Verlängerungserlassen vom 11.12.2008 und 15.12.2010.

Hinweis: Die aktualisierte Fassung der „Vorläufigen Hinweise...“ ist im Internet unter <http://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/wertstoffe/13770.htm> zu finden.

Für Abfälle zur Entsorgung, die vom Träger der kommunalen Abfallentsorgung mit dem Hausmüll erfasst werden können, ist die Satzung zur Abfallwirtschaft der entsorgungspflichtigen Körperschaft einzuhalten.

Weitere Detailinformationen sind dem beigegeführten Hinweisblatt Abfallrecht/ Bodenschutzrecht (mit Altlasten) zu entnehmen.

### Handlungsbedarf

1. Der Planer hat eigenverantwortlich anhand der bei der SBO GmbH vorliegenden Gutachten zu prüfen, inwieweit die darin dokumentierte Altlastensituation je Altlastenverdachtsfläche der geplanten Nutzung nicht entgegensteht. Für ggf. bestehende Nutzungskonflikte sind Handlungsvorschläge vom Planer zu unterbreiten und mit der unteren Abfall und Bodenschutzbehörde sowie bei Kostenrelevanz i. V. m. altlastenfreigestellten Flächen mit dem Projektcontroller (PC) von der ARGE AFC Sachsen, Herrn Dütsch (Telefon: 0371/43 27 80) abzustimmen. Die Altlastenverdachtsflächen sollten in die Antragsunterlagen lageplanmäßig aufgenommen werden. Aussagen u. a. zur Altlastensituation im Zusammenhang mit dem geplanten Vorhaben sind auch im Baugrundgutachten, erstellt im Auftrag der SBO GmbH vom BIB Bolduan Ingenieurbüro Riesa im November 2008, enthalten. Da das Baugrundgutachten unter Gliederungspunkt 3 komprimiert „Angaben zu altlastenrelevanten Sachverhalten“ i. V. m. dem geplanten Neubau des Containerterminals Hafen Süd enthält, wird empfohlen, deren Aussagen für das Bauantragsverfahren zu verwenden bzw. den Antragsunterlagen beizufügen. Diese Aussagen sind allerdings den aktuellen Erfordernissen (u. a. Ergänzung weiterer berührter Altlastenverdachtsflächen, aktueller Altlastenuntersuchungsstand, z. Bsp. 3. Zwischenbericht Grundwassermonitoring INTERGEO vom 06.07.2012) anzupassen.

### Hinweis

Im o. g. Baugrundgutachten muss es unter Punkt 3, Absatz 3, Satz 1 richtig heißen: „Wesentlich zur Betrachtung ist die TF 002 (Anm.: „VF WGT- Tanklager“, nicht TF 001 „ehem. Terpentinlager“).

Dieser Fehler setzt sich in der den Bauantragsunterlagen beigelegten „Unterlage zur Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c Abs. 1 UVPG (Screening)“, Punkt 3, zu Beginn des 3. Absatzes fort. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich nicht auf die Teilfläche „ehem. Terpentinlager“, sondern auf die Teilfläche „WGT- Tanklager“.

2. Im Auftrag der SBO GmbH findet auf dem Gesamtgelände des Hafens in Riesa im Rahmen des bestehenden Altlastenfreistellungsverfahrens ein mehrjähriges Grund- und Oberflächenwassermonitoring statt. Die Messstellen und Pegel sind im Vorhabensplan zu kennzeichnen. Sie sind während der Bauarbeiten und danach vor Beschädigungen zu schützen und zugänglich zu halten. Ist deren Erhalt nicht möglich, ist gleichwertiger Ersatz in Abstimmung mit dem PC und der unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde zu schaffen. Hierzu ist vom Planer ein Maßnahmenplan zu erarbeiten.
3. Das im Rahmen des Bauvorhabens anfallende Bodenmaterial ist getrennt nach Ober- und Unterboden zu erfassen, zwischenzulagern und einer Wiederverwendung zuzuführen. Eine Vermischung ist unzulässig. Der Oberboden ist vor Beginn der Bauarbeiten durch sorgsamen Abtrag und Zwischenlagerung in Bodenmieten in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung und Vergeudung zu schützen (vgl. auch DIN 18300, 18915 und 19731).
4. Die Verwertung von überschüssigem Bodenmaterial außerhalb des Bauvorhabens bzw. der Einbau von Bodenmaterialien von einem anderen Herkunftsort ist nur zulässig, wenn diese Materialien auf mögliche Schadstoffbelastungen untersucht und als verwertungs- bzw. einbaufähig bewertet wurden.  
Bei einer Verwertung i. S. eines Baustoffs ist eine Einzelfallbetrachtung nach den Maßgaben des Bodenschutzrechts notwendig. Dabei können bis auf Weiteres die Anforderungen der Technischen Regeln der LAGA (2003,2004) berücksichtigt werden.  
Bei der Verwertung im Rahmen einer bodenähnlichen Anwendung laut LAGA (TR-Boden) gilt der Erlass des SMUL vom 27.09.2006, Az: 46(42)-8981.83/19.  
Bei einer Verwertung zur Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht i. S. von § 12 BBodSchV sind die Vorsorgewerte des Anhangs 2 Nr. 4 BBodSchV einzuhalten. Bei dem Wiedereinbau von Bodenmaterialien am Entstehungsort ist der § 12 BBodSchV nicht anwendbar.

## **Immissionsschutz**

### Nachförderung

In der Lichtimmissionsprognose wird die Raumaufhellung für das Terminal berechnet. Es fehlen die Auswertung zu Aufhellung und Blendung an den angrenzenden Wohnhäusern (maßgebliche Immissionsorte) und die Gegenüberstellung zu den zulässigen Werten nach LAI - Lichtleitlinie. Die Prognose ist dahingehend zu ergänzen und erneut vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Jönsson  
Amtsleiter

Anlage  
Antragsunterlagen (1 Ordner) zurück  
Hinweisblatt Abfallrecht/Bodenschutzrecht



- Die Bauarbeiten sind durch fachkundiges Personal zu begleiten. Unmittelbar vor dem Beginn der Bauarbeiten sind die fachkundigen Personen der Genehmigungsbehörde zu benennen.
- Nach Beendigung der Bauarbeiten ist der Genehmigungsbehörde ein Abschlussbericht vorzulegen. Auf besondere Vorkommnisse ist einzugehen. Der Abschlussbericht hat alle Aussagen zu ggf. angetroffenen Bodenkontaminationen (Analysen, Bewertung, Lage, Menge, Verbleib, Fotos vom Anfallort etc.) zu enthalten. Der Abschlussbericht ist spätestens 1 Monat nach Abschluss der Bauarbeiten in einfacher Ausführung zu übergeben.

Begründung:

Die Begleitung der Bauarbeiten durch fachkundiges Personal soll sicherstellen, dass Bauwerkskontaminationen und Altlasten erkannt, fachtechnisch richtig ausgebaut und entsorgt werden. Die Benennung von Ansprechpartnern ist Voraussetzung um eine effektive Kommunikation zwischen Bauherren, Bauunternehmer und Genehmigungsbehörde herzustellen. Die Vorlage des Abschlussberichtes dient zum Nachweis, dass der Bau in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorgaben erfolgt ist.

- Die Bestimmungen der Verordnung zur Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung vom 20. Oktober 2006 sind zu beachten. Zur Prüfung der Abfallentsorgung und Bestätigung einer ordnungsgemäßen Nachweisführung werden an den Inhalt von Abschlussberichten folgende Anforderungen gestellt:
  1. Übersicht (Tabelle) zur Gesamtmenge der entsorgten Abfälle nach Abfallart getrennt.  
Es sollten aufgeführt sein:
    - Zeitraum der Entsorgung
    - Abfallart
    - Abfallschlüssel nach Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV)
    - Nachweis-Nummer (Entsorgungsnachweis-Nr. bzw. Sammelentsorgungsnachweis-Nr. bei gefährlichen Abfällen)
    - Menge
    - Entsorger
  2. Die Entsorgungsnachweise sind zu untersetzen mit Kopien der entsprechenden Nachweise (einschließlich Deklarationsanalysen).
  3. Des Weiteren sind zu jeder Abfallart, unterteilt nach Entsorgungswegen, beginnend mit dem Datum der Übergabe der Abfälle, die Nummern der Begleitscheine bzw. Übernahmescheine bzw. Lieferscheine/Wiegescheine aufzulisten und die jeweiligen Kopien davon beizulegen.  
Alle Kopien sind in lesbarer Form zu übergeben
- Werden schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten bekannt oder verursacht, sind diese gemäß § 10 Abs. 2 Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsABG) vom 31. Mai 1999 (SächsGVBl. S. 261 ff.) in der derzeit gültigen Fassung unverzüglich der zuständigen Behörde (Kreisumweltamt des Landratsamtes Meißen) mitzuteilen.
- Insbesondere bei Berührung oder Anschnitt von Kontaminationsherden (z.B. verdeckte Deponien, Ablagerung unbekannter Stoffe, Mineralöllinsen, Verkipfung von Chemikalien u. a.) im Zuge von Erd- oder sonstigen Bauarbeiten sind sofort Maßnahmen zu ergreifen, die eine Gefährdung und/oder Kontaminationsverschleppung ausschließen.

- Bei der Durchführung von Erdarbeiten in der durchwurzelbaren Bodenschicht sind die Forderungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502) in der derzeit gültigen Fassung und der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554) in der derzeit gültigen Fassung zu beachten. Beim Einsatz von Bodenmaterialien im Sinne eines Baustoffes ist eine Einzelfallbetrachtung nach den Maßgaben des Bodenschutzrechts notwendig. Dabei können bis auf weiteres die Anforderungen der Technischen Regeln der LAGA berücksichtigt werden. Für den Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial (Wiederverfüllung von Gruben, Schächten u. a. bzw. Errichtung von Dämmen, Lärmschutzwällen u. a.) gilt der Erlass des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft vom 11.01.2006 „Vorläufige Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial“ i. V. m. den Verlängerungserlassen vom 11.12.2008, 15.12.2010 und 13.12.2012. Hinweis: Die aktualisierte Fassung der „Vorläufigen Hinweise...“ ist im Internet unter <http://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/wertstoffe/13770.htm> zu finden.